Allgemeine Verkaufsbedingungen für den Sensor Ajax (Stand:19.06.2025)

§ 1 Geltung der AGB

- (1). Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich für den privaten Verkauf von gebrauchten Ajax Sensoren zu Testzwecken. Der Verkäufer verkauft als Privatperson (Verbraucher) die von ihm selbst hergestellten und ausschließlich von ihm selbst zu Testzwecken bisher genutzten Prototypen des Ajax Sensors (begrenzte Stückzahl).
- (2). Zum Ankauf eines oder mehrerer Prototypen des Ajax Sensors sind ausschließlich Käufer berechtigt, die den/die Prototypen zur Analyse- und Testzwecken für den rein unternehmens- oder haushaltsinternen Gebrauch verwenden wollen. Die kommerzielle und nichtkommerzielle Inverkehrbringung des Sensors ist ausdrücklich untersagt. Hiervon ausgenommen ist der Weiterverkauf der Verkäufer erworbenen Prototypen für die nach diesen AGB erlaubte Nutzung (interne Benutzung, Analyse und Test).
- (3). Die im Kaufvertrag und den dazugehörigen Leistungsbeschreibungen zwischen Anbieter und Kunde getroffenen Vereinbarungen haben grundsätzlich Geltungsvorrang vor diesen Allgemeinen Verkaufsbedingungen.
- (4). Von diesen AGB abweichende oder entgegenstehende Bedingungen der Kunden werden vom Anbieter nicht anerkannt, sofern er diesen nicht ausdrücklich zugestimmt hat. Eine Abweichung im vorstehenden Sinne liegt auch vor, wenn nur die AGB des Kunden einen diesseits nicht geregelten Sachverhalt regeln. Die Durchführung der Leistungen kann nicht als eine solche Zustimmung gewertet werden.

§ 2 Vertragsschluss

Der Vertrag zwischen Anbieter und Kunden über den Verkauf eines gebrauchten Ajax Sensors kommt ausschließlich durch Angebot und Annahme in Textform (z.B. E-Mail) zustande.

§ 3 Vertragsgegenstand

- (1). Der Anbieter verkauft ausschließlich gebrauchte Prototypen des Ajax Sensors aus seinem beschränkten Vorrat. Diese Prototypen werden vom Anbieter zu Test- und Weiterentwicklungszwecken getestet. Die Prototypen sind nicht zertifiziert und nicht für den kommerziellen Vertrieb an Endkunden zugelassen. Eine fehlerfreie Beschaffenheit der Prototypen wird ausdrücklich nicht gewährleistet. Der Anbieter verkauft diese Prototypen allein kostendeckend (Selbstkostenpreis) ohne Gewinnerzielung bis zu deren vollständigen Abverkauf.
- (2). Hinsichtlich der Beschaffenheit und Verwendungseignung wird auf die vor Bestellung/Verkauf dem Kunden überlassene Produktbeschreibung verwiesen. Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass die Prototypen sich nicht für gewerbliche, industrielle, medizinische und/oder therapeutische Zwecke eignen. Ferner eignen sich die Prototypen nicht zur Verwendung in sicherheitsrelevanten und/oder versorgungsrelevanten Einsatzszenarien, insbesondere nicht zum Schutz und/oder der Überwachung von und gegen Personen. Der Einsatz der Prototypen zu derartigen über private Funktionstests und Analysen hinausgehenden Zwecken wird vom Anbieter untersagt.

§ 4 Kaufpreis/Zahlungsbedingungen

- (1). Der mit dem Kunden vereinbarte Kaufpreis ist Zug um Zug mit der Übergabe des Prototypen zur Zahlung fällig
- (2). Die Ware bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises im Eigentum des Anbieters.
- (3). Die Aufrechnung ist dem Kunden nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen erlaubt. Der vorstehende Satz gilt nicht, wenn mit einem Anspruch, der auf einer Pflichtverletzung einer vertraglichen Hauptpflicht (etwa einer mangelhaften Leistung) des Anbieters besteht, gegen diesen Vergütungsanspruch aufgerechnet wird. Ein Zurückbehaltungsrecht kann er nur geltend machen, wenn es auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

§ 5 Gewährleistungsausschluss

Die gesetzliche Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel gemäß der §§ 434 ff. BGB wird ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, für die die Haftung gemäß des nachfolgenden § 6 diese AGB nicht ausgeschlossen werden kann.

§ 6 Haftungsbeschränkung

- (1.) Der Anbieter haftet nach den gesetzlichen Vorschriften uneingeschränkt für Schäden, aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung seiner Erfüllungsgehilfen beruht.
- (2.) Darüber hinaus haftet der Anbieter uneingeschränkt nach den gesetzlichen Vorschriften für sonstige Schäden, wenn diese auf der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht beruhen. Dies ist der Fall, wenn sich die Pflichtverletzung auf eine Pflicht bezieht, deren Erfüllung den Vertrag prägt und die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde üblicherweise vertrauen darf. Bei Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht ist die Haftung jedoch auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden begrenzt.
- (3.) Der Anbieter haftet auch uneingeschränkt für das Fehlen oder den Wegfall einer zugesicherten Eigenschaft bzw. für die Nichteinhaltung einer Garantie, sowie bei Ansprüchen nach zwingenden gesetzlichen Haftungstatbeständen dem (bsp. Produkthaftungsgesetz).
- (4.) Für alle übrigen Pflichtverletzungen haftet der Anbieter nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Dies gilt ausnahmslos für alle Schadensersatzansprüche, ohne Rücksicht auf deren Rechtsnatur, sowie für Aufwendungsersatzansprüche, welche anstelle eines Schadensersatzanspruchs geltend gemacht werden.
- (5.) Soweit die Schadensersatzhaftung nach vorstehenden Regelungen ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf die persönliche Schadensersatzhaftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Anbieters
- (6.) Eine Umkehr der Beweislast ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden

§ 7 Nachahmungsverbot

- (1). Der Kunde verpflichtet sich, es zu unterlassen, die ihm vom Anbieter verkauften oder anderweitig zur Nutzung überlassenen Leistungen, sowie sonstige Leistungen des Anbieters, in jeglicher Form nachzuahmen, insbesondere Produkte mit vergleichbarem Anwendungszweck, vergleichbaren technischen Funktionalitäten zu entwerfen, zu entwickeln, herzustellen, zu vertreiben oder Dritten zu ermöglichen, diese Handlungen vorzunehmen.
- (2). Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen vorstehendes Nachahmungsverbot zahlt der Kunde einem vom Anbieter nach billigem Ermessen zu bestimmenden Vertragsstrafe, mindestens in Höhe von 5.001 €, deren Angemessenheit im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist.

§ 8 Schlussbestimmung

Diese Vereinbarung stellt die gesamte Regelung des Vertragsgegenstandes dar. Nebenabreden sind nicht getroffen. Alle Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Textform. Dies gilt ebenso für die Aufhebung dieses Textformerfordernisses.